

Markenzeichen nörgelnde Inkompetenz

Die AfD in der Selbstradikalisierungsschleife ist geschwächt, aber nicht erledigt | Von Claus Leggewie

Wie steht es um die AfD? Alexander Gauland hat seine Partei oft als „gärigen Haufen“ tituliert, wohl in der Hoffnung, aus billigem Most könnte einmal guter Wein werden. Er dürfte sich verrechnet haben, eher wird, um im Bild zu bleiben, gepanschter Wein zu ungenießbarem Essig. Konsequenterweise wandelte sich die AfD von einer populistischen Protestpartei in eine völkisch-autoritäre Bewegung, die „heimatlose“ rassistische, frauenfeindliche und faschistoide Kräfte in der deutschen Gesellschaft anzog. Weltanschaulich durchgesetzt hat sich jetzt der „Flügel“, während die (zu Unrecht) auf solide Bürgerlichkeit pochenden Parteireste kraftlos dahintrudeln. Ein Flügel reicht eben nicht für Langstrecken im Parteiensystem.

Die AfD, die sich auf dem Weg zur „Volkspartei“ und als Erbin der nach links gerückten Merkel-CDU wähnte, kann ihren Aufschwung von 2019 nicht fortsetzen. In Umfragen verliert sie nicht nur rasant im Westen der Republik, sondern auch in den östlichen Ländern, wo sie stärkste Partei zu werden drohte und die Etablierten vor sich hertrieb – die thüringische Ministerpräsidentenwahl war das erbärmliche Lehrstück. Destabilisierung ist die ganze Mission der AfD, nörgelnde Inkompetenz ihr Markenzeichen.

Was hat zum Aufstieg der AfD beigetragen? Das periodische Aufkommen von Parteien rechts von Union und SPD in der Bonner Republik machte stets auf Repräsentationslücken aufmerksam, die Ultra-Rechte nie dauerhaft zu füllen vermochten. Zuletzt ist das Vorhaben, das Koordinatensystem der Bundesrepublik nach rechts zu verschieben, ganz



Väter des „Flügels“, Brüder im (Un-)geiste, Kinder des „gärigen Haufens“? Alexander Gauland und Andreas Kalbitz

ohne Machteilnahme in der Migrations- und Flüchtlingspolitik gelungen, weil das Establishment Angst bekam und eigene Ambitionen hinter der Rücksicht auf die „Sorgen und Nöte einfacher Bürger“ kaschieren konnte. Das gelang vor allem, wo die Repräsentationskrise so weit gediehen ist wie in den ostdeutschen Ländern. Gauland erinnert gerne an das Vorbild der Grünen, die in ihrem „Gärungsprozess“ die radikalen Fundis marginalisiert hätten. Dabei war er immer ein politischer Hasardeur, der auf Baisse spekulierte. „Etwas Besseres als die Flüchtlinge konnte uns nicht passieren“ – so schwadroniert ein Verderber Deutschlands. Dass Gauland im Schaukampf Kalbitz versus Meuthen (der ein nicht minder gewissenloser

Opportunist ist) zu dem Freund „heimat-treuer“ Nazis hält, ist der konsequente Absturz seines Altersprojekts, der Rache an der CDU.

Wie geht es weiter mit der AfD? Die Partei bietet das Gruppenbild großer Zerrissenheit. In der Bonner Republik konnte man

sich darauf verlassen, dass ultrarechte Parteien sich früher oder später selbst zerlegten, wenn ihnen das Mobilisierungsthema abhandeln kam: Der NPJ starben die Alt-nazis weg, Schönhubers Republikaner kam die Wiedervereinigung in die Quere, Ronald Schills Law-and-Order-Partei rockte Hamburg nur eine Legislaturperiode. Das zivilgesellschaftliche Aufbäumen gegen die Radikalisierung war stark und der Antifaschismus selten so militant, dass Rechte in eine Opfer- und Märtyrerrolle schlüpfen konnten. Und endlich ist es Konsens, dass die größte Gefahr für die deutsche Demokratie von rechts außen droht.

Vor allem im Westen wirkte auch die Beobachtung durch den Verfassungsschutz, der nur AfD-Personal im Staatsdienst abschreckt und zugleich Radikale in der Partei stärkt.

PROF. DR. CLAUS LEGGEWIE

war von 1989 bis 2007 Professor für Politikwissenschaft in Gießen und von 2007 bis 2017 Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen. Er ist Mitherausgeber der *Blätter für deutsche und internationale Politik*.

Ist die AfD überschätzt worden? Lange wurde ihre Gefährlichkeit eher unterschätzt. Die Partei hat die politische Kultur der Berliner Republik durch das systematische Misstrauen gegen Wissenschaft, Medien und Rechtsstaat nachhaltig beschädigt, und die AfD ist zum Katalysator militanter, gewalt- und sogar mordbereiter Gruppen und Einzeltäter geworden. Das paranoide Gerede vom Bevölkerungsaustausch, die offen artikulierten, auch schon brutal exekutierte Vernichtungswut auf Politiker, die sture Obstruktion einer überfälligen Klima- und Umweltpolitik – all das ist wesentlich der AfD anzulasten. Sie steckt in einer Selbstradikalisierungsschleife zur NPD 2.0, und beunruhigend ist, dass Rechtsradikale Polizei, Bundeswehr und Justiz unterwandern.

Ist die AfD am Ende? Das Potenzial für eine Post-Corona-Renaissance ist da, wobei die Inkompetenz der AfD am Beispiel der Pandemiebekämpfung gerade überdeutlich wurde. Noch immer steht fast ein Fünftel der ostdeutschen Befragten hinter Kalbitz, Höcke und Urban, auch favorisierten rechte Unionspolitiker und Liberale insgeheim die Option eines „bürgerlichen Bündnisses“. Weiter springen frustrierte Arbeitslose und Arbeitnehmer, darunter Gewerkschafter, auf den AfD-Zug, autoritärer Nationalismus und weiße Überlegenheitsideologien breiten sich in Europa aus. Ein mal hämisch grinsendes, mal aggressiv grölendes Ressentiment frisst die politische und mediale Öffentlichkeit an, wobei derzeit die AfD den Wutbürgern und Corona-Leugnern eher hinterherläuft. Wir erleben einen kolossalen Verlust an politischer Vernunft. Mit oder ohne AfD kommen schwere Zeiten auf Deutschland und Europa zu.

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @mathadea.

Donaldismus

Vergangenen Samstag zeigte sich ein gruseliges Bild Unter den Linden in Berlin. Ein großer Demozug, die Teilnehmenden hielten weder Abstand, noch trugen sie Masken, dafür waren sie mit zahllosen antisemitischen und wissenschaftsfeindlichen Plakatschafften und Parolen unterwegs.

Trotz bundesweiter Mobilisierung kamen nur 17000 Menschen nach Berlin und die Veranstaltenden versuchten diese Zahl im Nachhinein noch aufzublähen. Lügen, lügen, lügen – bis etwas hängenbleibt und die Realität vor unseren Augen umgeschrieben wird. Das erinnert nicht von ungefähr an Trumpsche Strategien.

Wieder wird diskutiert: Sollen wir solche Leute ernstnehmen? Ich finde: ja. Anhänger_innen von Verschwörungspropaganda zeigen nämlich eine hohe Gewaltbereitschaft gegen andere Menschen und sind entsprechend gefährlich. Allein die bei der Demo anwesenden Journalist_innen bekamen dies deutlich zu spüren.

Veranstaltungen wie diese gehören klar verurteilt, statt offene Ohren anzubieten. In den sozialen Medien trendete dazu der Hashtag #Covidioten. Kein noch so gelungenes Wortspiel ist es allerdings wert, eine ohnehin schon extrem benachteiligte Gruppe, in diesem Fall also Menschen mit geistiger Behinderung, mit Füßen zu treten. Eine solche Bezeichnung entlässt Anhänger_innen von Verschwörungserzählungen außerdem komplett aus ihrer Verantwortung.

So viele von uns leben nun seit Monaten – oft schon vor Corona – in einem Zustand der Verunsicherung, bei dem man sich kaum die nächste Woche vorstellen kann, geschweige denn die zweite Jahreshälfte. Trotzdem holen wir unsere News nicht plötzlich über AfD-Fanpages oder Reichsbürgerforen. Die stets aufkommende Behauptung, in einem Verunsicherungszustand könne man quasi gar nicht anders, als rechts zu werden, greift nicht. Mit rechter Ideologie zu kuscheln, auf einer Demo entspannt neben Reichsflaggen und rechtsradikalen Gruppen zu laufen, das ist immer noch eine bewusste Entscheidung.

Schon die letzte Mitte-Studie ergab, dass 46 Prozent der Befragten an geheime Organisationen glauben, die Einfluss auf politische Entscheidungen hätten. Bestehende Verschwörungserzählungen haben einfach ihr Corona-Update bekommen. Mit den digitalen Echokammern, die in Facebook-Gruppen, YouTube- oder Telegram-Channeln existieren, stehen wir eindeutig vor einer Herausforderung, was die Verbreitung von Verschwörungspropaganda angeht. Eine Politik von heute muss sich dieser stellen.

Lieblingländer gegen hoffnungslose Fälle?

Über die bleibenden Dilemmata der „Entwicklungshilfe“ in Afrika | Von Gerd Hankel

Manchmal, so will es scheinen, fehlt einfach der richtige Begriff. Wer Entwicklungshilfe sagt, verrät eine paternalistische Grundhaltung. Die Geber bestimmen, die Nehmer haben zu folgen. Wer stattdessen Entwicklungszusammenarbeit sagt, muss sich Naivität vorwerfen lassen. Die wirtschaftliche Überlegenheit des Nordens lässt eine Kooperation mit dem Süden, in der auch Fairness ihren Platz hat, als illusorisch erscheinen. Doch genau besehen sind die terminologischen Fallstricke Ausdruck einer Situation, in der es keine einfachen Antworten gibt und hinter einem kleinen sprachlichen Dilemma ein viel größeres lauert, das unmittelbar unser liberal-demokratisches Selbstverständnis betrifft und die Grenzen unserer Kompromissfähigkeit berührt.

Seit dem Völkermord von 1994 ist Ruanda das Lieblingland der internationalen Gebergemeinschaft. Finanzielle Hilfe und personelle Unterstützung werden wie geplant eingesetzt, Korruption ist so gut wie abwesend, Effizienz ist kein Schlagwort zur Verdeckung von Unfähigkeit, sondern tägliche Maxime des Staates bis in die kleinste Verwaltungseinheit hinein, ein gut ausgebautes Straßennetz und ein umfassendes Gesundheitssystem zeugen von einer für Afrika überaus beeindruckenden Infrastruktur, die inzwischen sogar eine Kranken- und Rentenversicherung umfasst. Wie ist da nicht von einem Erfolg zu sprechen, von einer Modellfunktion für

andere afrikanische Staaten? Längst geht es in Ruanda nicht mehr um Hilfe, Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist die Devise. Dagegen am anderen Ende der entwicklungspolitischen Bandbreite die Demokratische Republik Kongo. Vetterwirtschaft, Kriege, Kriminalität und Korruption machen den Staat zum Inbegriff der Hoffnungslosigkeit. Wobei dort der Begriff Staat eigentlich ein Euphemismus ist. Eine kleine Minderheit nutzt ihn, um sich hemmungslos zu bereichern, während die große Mehrheit der Kongolesinnen und Kongolesen ihn lediglich als Instrument der Drangsalierung erfährt. Und das besonders Bedrückende ist, dass innerhalb dieser großen Mehrheit sehr viele Menschen es der so genannten Elite gleichtun, das heißt sie betrügen und unterschlagen, um im täglichen Daseinskampf zu bestehen.

Elend macht keine besseren Menschen, das ist bekannt. Aber wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, erlebt hat, was *manger le blanc* bedeutet, in welchem Ausmaß er trotz langer Erfahrung in Ostafrika gegessen wurde, für den ist doch erschreckend, mit welcher Leichtigkeit sogar der Tod von Kindern in Kauf genommen wird (im konkreten Fall haben Kongolesen Gelder, die zur Breizubereitung für Waisenkinder gedacht waren, unterschlagen mit der Folge, dass Kinder an Entkräftung und Hunger gestorben sind). Mit dieser Erfahrung steht er obendrein nicht allein, und mit ihm wissen auch

andere, dass eine Anzeige dieser Delikte kostspielig und gefährlich ist, zudem verläuft sie mit absoluter Sicherheit im Sande. Angesichts dieser Konstellation dürfte klar sein, für welche Seite des entwicklungspolitischen Engagements zu optieren ist. Selbstverständlich für diejenige, die eine Entwicklung vorzuweisen hat, und diese Seite trägt den Namen Ruanda.

Aber so einfach, wie sie sich auf den ersten Blick ausmacht, ist die Option nicht. Ruanda ist ein autoritärer Staat. Opposition ist lebensgefährlich. Seine entwicklungspolitischen Erfolge, zu denen aktuell auch eine wirkungsvolle Anti-Corona-Politik zählt (nur fünf Menschen bei einer Bevölkerung von annähernd vierzehn Millionen sind an den Folgen von SARS-CoV-2 gestorben, die Zahl der aktuell Infizierten liegt „nur“ bei etwa 2100, was das Robert Koch-Institut Ruanda aus der langen Liste der weltweiten Risikogebiete

DR. GERD HANKEL

ist freier Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, seit 1998 wissenschaftlicher Angestellter der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur und Autor zahlreicher Bücher zum Thema. In diesem Jahr erschien „Das Dilemma. ‚Entwicklungshilfe‘ in Afrika. Ein Erfahrungsbericht“ bei zu Klampen.

streichen ließ), gehen einher mit systematischen und massiven Menschenrechtsverletzungen.

Als 2017 eine UN-Kommission den Vorwürfen der Folter in geheimen Militärhaftanstalten nachgehen wollte, musste die Kommission ihre Untersuchung abbrechen, weil sie auf eine Mauer der Verweigerung, Einschüchterung und Angst gestoßen war. Nachdem Ruanda beteuert hatte, es handle sich um ein großes Missverständnis, unternahm die Kommission ein Jahr später einen erneuten Versuch. Der Versuch scheiterte. Die Kommission musste ihre Untersuchung endgültig beenden, was in ihrer Geschichte bis dahin noch nicht geschehen war.

Die Frage liegt nahe, wie sich allein dieses Beispiel mit einer Entwicklungspolitik, die der Beachtung elementarer Menschenrechte verpflichtet ist – und das gilt besonders für die deutsche – in Übereinstimmung bringen lässt. Wie stabil ist ein Staat, der zu solchen Methoden greifen muss? Und wie verlässlich ist die Entwicklung, wenn es zwar allen besser geht, die Hauptnutznießer dieser Entwicklung jedoch einer Bevölkerungsminderheit angehören, ein Umstand, der vor dem Hintergrund pauschaler Schuldzuweisung nach dem Völkermord an sämtliche Mitglieder der Bevölkerungsmehrheit von dieser zunehmend als zusätzliche Ungerechtigkeit wahrgenommen wird?

Die Demokratische Republik Kongo wird man ebenfalls als autoritären